

Österreichische Hochschüler_innenschaft

Koalitionsvertrag

2025-2027

Abgeschlossen zwischen dem
Verband Sozialistischer Student_innen in Österreich (VSStÖ)
und den Grünen & Alternativen Student_innen (GRAS)

Inhaltsverzeichnis

Präambel	4
Politisches Selbstverständnis	6
Projekte	11
Sozialpolitische Projekte	12
Bildungspolitische Projekte	15
Klimapolitische Projekte	19
Gesellschaftspolitische Projekte	22
Internationale Projekte	26
Steigerung der Wahlbeteiligung	27
Arbeitsprinzipien	28

Präambel

Einsatz für ausfinanzierte Bildung.

Bildung ist eines der höchsten Güter in unserer Gesellschaft und dennoch wird zu wenig Geld dafür in die Hand genommen. Die Ausfinanzierung der Hochschulen ist eine zentrale Forderung der ÖH, um so mehr Studienplätze, eine bessere Lehre und eine freie Forschung zu ermöglichen. Stattdessen wird gespart und es drohen Kürzungen im Sozialsystem. Für Studierende, die sich zu einem großen Teil in prekären Lebenssituationen befinden, sind die Zeiten unsicher. Für viele Studierende bleibt ständig unklar, wie sich die eigene finanzielle Situation entwickelt und ob es überhaupt möglich ist, dem Studium weiterhin nachzukommen. Ganz grundsätzlich wird der Weg zur Hochschule zunehmend ein Luxus für wenige: Die Studienbeihilfe ist zu niedrig, die Wohnkosten nehmen fast die Hälfte des Monatsbudgets von Studierenden ein und um das alles abzufedern, gehen viele Studierende arbeiten. All das zerrt am Studienerfolg. Die ÖH kritisiert die Sparpolitik der Bundesregierung, die vor allem die breite Bevölkerung zu tragen hat, und setzt sich gegenüber der Bundesregierung weiterhin konsequent für die Ausfinanzierung der Hochschulen und ein gerechtes Sozialsystem ein, um so den Weg hin zu einem freien und offenen Hochschulzugang zu ebnen.

Partizipative und sichtbare ÖH.

Im Jahr 2025 feiert die ÖH ihr achtzigjähriges Bestehen. In dieser langen Geschichte hat sie schon unzählige Erfolge erzielt. Bis heute spielt sie eine entscheidende Rolle im Kampf für ein besseres und zugängliches Studium für alle. Vor allem in den letzten Jahrzehnten wurde die ÖH zu einer lauten linken Stimme, die sich neben dem Kampf für ein besseres Studium auch bedingungslos für ein besseres Leben von Studierenden einsetzt. Es ist ein ständiger Kampf für soziale Absicherung, ein Kampf gegen Diskriminierung und gegen all die Krisen unserer Zeit, die uns Studierende treffen. Die ÖH stellt unter Beweis, dass sie all das vereinen kann, indem sie wichtige Services für Studierende schafft und gleichzeitig linke Gesellschaftspolitik vorantreibt. Immer wieder zeigt sich, wie die ÖH mit Angriffen von rechts konfrontiert ist. Es ist die historische Verantwortung der ÖH, sich konsequent für Studierende und eine offene Hochschule einzusetzen, in der Diskriminierung und Hass keinen Platz haben. Auch wenn ein großer Teil der Studierenden mit der Arbeit der ÖH zufrieden ist, lässt die Wahlbeteiligung noch immer zu wünschen übrig. Deshalb ist es weiterhin eine zentrale Aufgabe der ÖH, die Wahlbeteiligung auch in Zukunft zu erhöhen – die ÖH muss Studierende in ganz Österreich erreichen, ihre Angebote ausbauen und besser kommunizieren. Wir wollen die ÖH zugänglicher, niederschwelliger und offener machen. Damit alle Studierende von ihrer studentischen Vertretung wissen und sich auch in den nächsten 80 Jahren auf sie verlassen können.

Politische Studierendenvertretung.

Wir leben in einer Zeit massiver rechter, antifeministischer und wissenschaftsfeindlicher Backlashes – das sehen wir bei Extremfällen wie den USA, aber genauso in europäischen Staaten wie Ungarn und Polen. Im selben Zug erfolgt eine massive Diskursverschiebung, die rechtsextremen Parteien wie der FPÖ und der AfD Wahlerfolge sichert. Dem weltweiten Rechtsruck gilt es konsequent entgegenzuhalten und gleichzeitig aktiv linke, antifaschistische Politik voranzutreiben. Studierendenbewegungen waren schon immer eine treibende Kraft in politischen Veränderungen auf der ganzen Welt und sind das auch heute noch, wie man an Beispielen wie Serbien und der Türkei sieht. Als ÖH gilt es, aus diesen internationalen Bewegungen zu lernen und selbst im Kampf für ein besseres Leben von allen Studierenden in Österreich aufzutreten. Queerfeindliche und rassistische Narrative werden durch Rechtsextreme und Rechtskonservative immer weiter normalisiert und die ÖH ist hier gefragt, neben politischem Aktivismus wichtige Aufklärungsarbeit für Studierende schaffen. Die ÖH positioniert sich klar politisch und kämpft mit Studierenden Seite an Seite dafür, Diskriminierung aus den Hochschulen und aus der gesamten Gesellschaft zu verbannen. Sie positioniert sich auch deutlich im Kampf gegen die Klimakrise. Durch die spürbare Diskursverschiebung nach rechts und der daraus resultierenden Wissenschaftsfeindlichkeit wird die Klimakrise immer wieder als Panikmache abgetan. Weltweit folgt eine Klimakatastrophe auf die nächste. Prognosen zeigen bereits jetzt, dass in den kommenden Jahrzehnten die Lebensgrundlage von Hunderten Millionen Menschen auf dem Spiel steht. Die ÖH wird weiterhin eine starke Stimme im Kampf für klimaneutrale Hochschulen bleiben und vehement auf mehr Forschung zur Klimakrise pochen. Folgend müssen gewonnene Forschungsergebnisse dann auch in politische Entscheidungen miteinbezogen werden. Dies fordern wir als ÖH von Entscheidungsträger_innen ein, um so konsequent für ein lebenswertes Leben für alle zu kämpfen. All diese Krisen sind Resultat eines ausbeuterischen und diskriminierenden Kapitalismus, zu dem sich die ÖH auch in Zukunft systemkritisch äußert. Vor allem jetzt braucht es eine ÖH, die die Probleme der Zeit erkennt und aktiv gegen diese ankämpft.

Politisches Selbstverständnis

Die Koalitionsfraktionen bekennen sich zu einer linken Ausrichtung der Österreichischen Hochschüler_innenschaft. Die ÖH tritt laut und kritisch gegenüber Entscheidungsträger_innen auf und hilft Studierenden, die Unterstützung brauchen oder sich politisch engagieren wollen.

Vertretungsarbeit ist politisch.

Die Essenz der ÖH als politische Interessenvertretung ist es, Ungerechtigkeiten und Barrieren im Hochschulalltag der Studierenden zu erkennen und auf politischer Ebene zu bekämpfen. Dies tun wir, indem die ÖH eine unabhängige Lobbyistin für Studierende bleibt, die verlässlich agiert, das Beste für die Studierenden verhandelt und mittels eigenen Projekten und Beratungsangeboten Studierende direkt unterstützt. Wir setzen uns daher dafür ein, dass das Beratungsangebot ausgebaut und so breit wie möglich nach außen getragen wird. Die ÖH stellt die Bedürfnisse der Studierenden an allererste Stelle und scheut sich nicht, bei Bedarf regierungskritisch aufzutreten. Die Koalitionsfraktionen bekennen sich folglich ausdrücklich zum allgemeinpolitischen Mandat und setzen sich zum Ziel, dieses aktiv zu stärken.

Bildung ist ein Menschenrecht.

Es ist die Aufgabe des Staates, die Hochschulen öffentlich zu finanzieren. Hochschulbildung muss zum kritischen Hinterfragen und dem aktiven Mitgestalten der Gesellschaft befähigen und darf keine reine Berufsausbildung sein. Hochschulen sind ein wichtiger Teil der Gesellschaft und nicht abgetrennt von dieser zu betrachten, daher sind auch gesellschaftspolitische und sozialpolitische Themen zentral für unsere Arbeit. Studiengebühren und Knock-out-Prüfungen sind Zeichen der zunehmenden Anpassung des Bildungssystems an neoliberale Mechanismen. Sie wirken sozial selektiv und die weitere Ökonomisierung des Hochschulwesens verstärkt diesen Effekt. Gleichzeitig hat ein Großteil der Studierenden mit der zunehmenden Prekarisierung ihrer Studienbedingungen zu kämpfen. Während Wohnen und Essen immer teurer werden, ist die Studienbeihilfe noch immer viel zu gering. Gleichzeitig wird das Aussetzen der Valorisierung von Sozialleistungen von der Bundesregierung umgesetzt. Das Zusammenspiel all dieser Faktoren führt dazu, dass die Hochschulen wieder zunehmend ein Ort nur für Eliten werden. Autoritäre Krisenpolitik und Fokussierung auf elitäre Strukturen fördern die Entwicklung der Hochschulen zu einer ausgrenzenden Institution, in der Studierende immer weniger Rechte haben. All das treibt die Entpolitisierung und Entdemokratisierung der Hochschulen weiter voran. Von einem freien und offenen Hochschulzugang profitiert die gesamte Gesellschaft. Dennoch fehlt der politische Wille, in Bildung zu investieren und alle Menschen an Bildung teilhaben zu lassen. Die Koalitionsfraktionen bekennen sich zum uneingeschränkten Recht auf Bildung; unabhängig von Herkunft, Geschlecht, sozialer Klasse und Behinderung, und fordern dies mit Nachdruck ein.

Wir bewegen uns noch immer in einer diskriminierenden Gesellschaft und die weltweiten Entwicklungen zeigen, dass die bereits geschaffenen Verbesserungen für marginalisierte Gruppen wieder oder weiterhin unter Beschuss stehen. Strukturelle Benachteiligung trifft Frauen, Lesben, Inter-, Nonbinary-, Trans- und Agender-Personen (FLINTA*), People of Color (PoC), Migrant_innen, Personen mit Behinderungen und alle Personen, die nicht dem gesellschaftlichen Normbild entsprechen. Dies äußert sich unter anderem in Sexismus, Queerfeindlichkeit, Rassismus, Antisemitismus, Ableismus und weiteren strukturellen, sozialen und baulichen Barrieren, sowie der tagtäglichen Marginalisierung von gesellschaftlich Benachteiligten in allen Lebenssituationen. Als ÖH bedeutet das für uns, uns nicht nur auf eine Kritik der Hochschulpolitik und Symptombekämpfung zu beschränken, sondern danach zu streben, grundlegende Veränderungen der bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse herbeizuführen. Die Hochschulen sind Teil der Gesellschaft und spiegeln daher deren Unterdrückungsmechanismen wider.

Die Chancen in unserem Bildungssystem sind ungleich verteilt. Nach wie vor entscheidet die soziale Herkunft einer Person darüber, ob sie es überhaupt zum Tor der Hochschule schafft. Auch an der Hochschule selbst haben Kinder von Akademiker_innen einen immensen Vorteil gegenüber Kindern von Arbeiter_innen. Diesen Umstand gilt es zu bekämpfen und einen freien und offenen Hochschulzugang für alle zu schaffen. Wir bekennen uns deshalb zur dezidierten Förderung von Studierenden aus Arbeiter_innenfamilien. In diesem zutiefst sozial ungerechten Bildungssystem braucht es dafür ein Bündel an Maßnahmen. Die ÖH kämpft unter anderem für die Einführung der Gesamtschule, die Schaffung eines existenzsichernden Beihilfesystems und die Abschaffung aller Studiengebühren.

Als Hebel zur Transformation sowohl unseres Bildungssystems als auch der Gesellschaft sehen wir die Förderung von **kritischer Lehre und Forschung**. Wenn die Lehre an unseren Hochschulen Bildungsökonomisierungen und Studienplatzbewirtschaftungen unterworfen ist, kann sie diesen Hebel allerdings nicht nutzen. Lehre und Forschung, die lediglich zur unhinterfragten Einzementierung gesellschaftlicher Verhältnisse dient, wird dem Anspruch von Lehrenden und Studierenden nicht gerecht. Lehrveranstaltungen, die die kapitalistische Verwertungslogik kritisch beleuchten und Studierende auch dazu anregen, an der progressiven Überwindung des Systems hin zu einer emanzipatorischen Gesellschaft zu arbeiten und über diese selbst zu forschen, müssen gefördert werden. Das bedeutet auch, dass Hochschulen nicht für Auftraggeber_innen von Drittmittelfinanzierungen forschen sollen, sondern durch eine öffentliche Ausfinanzierung Wissen gemeinsam mit der und für die Gesellschaft erarbeitet werden.

Wir erkennen die **Klimakrise** als die größte Herausforderung unserer Zeit an. Als **ökologisch-nachhaltige** ÖH setzen wir uns für ein klimagerechtes Gesellschafts- und Wirtschaftssystem ein. Wir stellen uns gegen eine neoliberale Logik, welche Profite über das Gemeinwohl stellt, und kämpfen für ein solidarisches System, in dem Menschen und Umwelt im Mittelpunkt stehen. Klimagerechtigkeit geht Hand in Hand mit sozialer Gerechtigkeit - es sind vor allem marginalisierte Gruppen, die am wenigsten zur Klimakrise beigetragen haben, nun aber am stärksten an den Folgen der Klimakrise leiden. Als ÖH legen wir einen Fokus auf klimagerechte Hochschulen. Dazu braucht es Bündnisse mit den Hochschulen, der Zivilgesellschaft, NGOs und weiteren zentralen Akteur_innen. Wir forcieren eine ökologische und nachhaltige Arbeitsweise innerhalb der ÖH. Des Weiteren sehen wir Hochschulen und die ÖH in der Verantwortung, die Klimakrise aktiv zu bekämpfen, sie verstärkt in den Fokus zu rücken und Konzepte für ihre Bewältigung zu entwickeln. Dabei müssen Studierende das nötige Wissen aus ihren Studiengängen erhalten, um zum systemischen Kampf gegen die Klimakrise beizutragen. Wir arbeiten aktiv daran, dass Hochschulen ihre Vorbildfunktion und ihre gesellschaftliche Verantwortung im Kampf gegen die Klimakrise wahrnehmen, indem sie in ihrem Handeln und Bestand klimaneutral werden. Außerdem ist uns bewusst, dass dies nicht ausreichend ist. Hochschulen tragen die Verantwortung, sich politisch zu positionieren, Diskurse über die Klimakrise zu starten und politische Entscheidungsträger_innen in Verantwortung zu ziehen, nach wissenschaftlichen Erkenntnissen zu handeln.

Die ÖH setzt sich für ein **demokratisches, antikapitalistisches, progressives, solidarisches und sozial gerechtes Verständnis** der Politik ein. Zudem sprechen wir uns für eine inklusive und barrierefreie, humanistische sowie emanzipatorische und antikapitalistische ÖH aus.

Wir treten **gegen jede Form der Diskriminierung** wie zum Beispiel aufgrund von Herkunft, Geschlechtsidentität, sexueller Orientierung, Religionszugehörigkeit, Alter, sozialem Hintergrund, finanzieller Lage, körperlicher Behinderung oder psychischer Erkrankung auf. Wir sehen den Kampf gegen **Rechtsextremismus** als Teil unserer antifaschistischen Grundhaltung und kämpfen aktiv gegen Rassismus, Sexismus, Antiziganismus und Antisemitismus. Wir setzen uns aktiv auf allen Ebenen, national wie international, dagegen ein. Wir sehen uns als Teil der internationalen Studierendenbewegung.

Wir sind eine **queerfeministische ÖH** und verstehen Feminismus als Querschnittsmaterie in der eigenen Arbeit genauso wie in den gesellschaftspolitischen Forderungen und wollen FLINTA*-Personen aktiv fördern. Wir verfolgen einen intersektionalen Ansatz, der Mehrfachdiskriminierungen thematisiert. In diesem Sinne kämpfen wir für eine gendergerechte Hochschule und versuchen mit Vorbildcharakter zu agieren. Queerfeminismus bedeutet für uns nicht einfach nur Chancengleichheit, sondern bestehende Geschlechterverhältnisse radikal zu hinterfragen. Dazu gehört auch das Aufzeigen von Ausschlussmechanismen aufgrund von männerbündnerischen Zusammenschlüssen auf Hochschulen und der strukturellen Diskriminierung von FLINTA*-Personen in der gesamten akademischen Laufbahn.

Unser Feminismus steht auf einer festen **materiellen Basis**. FLINTA*-Personen werden im Kapitalismus ausgebeutet und benachteiligt. Nicht nur die Hochschulen sind von Männerbünden geprägte Institutionen, in denen FLINTA*-Personen strukturell untergeordnet und schlechter gestellt werden. In der gesamten Gesellschaft sehen wir die Ökonomisierung von FLINTA*-Körpern und ihrer (Lohn-)Arbeit. Die schlechtere Bezahlung in der Lohnarbeit und die Ausnutzung der Arbeitskraft für unbezahlte Care-Arbeit stehen in einem direkten Zusammenhang. Nur wenn wir die Verflechtungen von Kapitalismus und Patriarchat erkennen, können wir auch die ökonomische Basis der Ausbeutung von FLINTA*-Personen erkennen.

Solidarität bedeutet, sich politisch dort zu positionieren, wo gesellschaftlich benachteiligt wird. Deshalb ist es wichtig, solidarisch zu handeln, sich zu vernetzen sowie Positionen und Menschen zu stärken, die sich für tatsächliche Gleichberechtigung, gegen Ellenbogenmentalität und gegen den steigenden Leistungsdruck in der kapitalistischen Gesellschaft stark machen. Dazu zählt für uns auch, dass bestehende Zugangsbeschränkungen jeglicher Art an Hochschulen abgebaut werden müssen, um Bildung für alle zugänglich zu machen. Es ist für uns selbstverständlich, dass wir unmissverständlich und bedingungslos für die Verbesserung der Studienbedingungen auftreten. Dies soll mit allen Mitteln auf allen Ebenen angestrebt werden. Außerdem soll alles daran gesetzt werden, mögliche Verschlechterungen vorzubeugen, um so nachhaltig eine gute Studienzeit für alle zu erwirken.

Die Diskursverschiebung nach rechts ist auch innerhalb des Hochschulwesens spürbar. Rechtsextreme Politiker_innen auf der ganzen Welt greifen die freie Wissenschaft und Forschung an. An Hochschulen werden soziale Barrieren errichtet, die People of Colour und migrantische Personen strukturell ausschließen. Als linke Interessenvertretung ist es Aufgabe der ÖH, aktive **antirassistische Arbeit** zu betreiben. Sie muss als Vorbild vorangehen und Gegenstrategien zu institutionellem Rassismus entwerfen und gleichzeitig Bildungs- und Vernetzungsangebote schaffen. Die ÖH spricht sich gegen neue und alte Formen des Rassismus, die Errichtung einer Festung Europas, kulturell relativistische Argumente, völkisches Denken und imperialistische Gewalt weltweit aus. Wir bestehen auf die Gleichheit aller Menschen sowie darauf, dass die Würde des Menschen unantastbar ist. Wir stellen uns entschieden gegen jegliche Formen von Antisemitismus, Antiziganismus und antimuslimischem Rassismus.

Antifaschismus ist für uns kein Selbstzweck, sondern gesellschaftliche Notwendigkeit, insbesondere was den Aufstieg reaktionärer Kräfte und die sich immer deutlicher abzeichnende Faschisierung der Gesellschaft betrifft. Hochschulen waren stets ein Ort, an dem reaktionäre Kräfte um Einfluss gerungen haben und gleichzeitig anderen Gruppen den Eintritt in die höhere Bildung systematisch erschwert haben. Das setzt sich bis heute fort. Wir bekennen uns zu einer vollumfänglichen Aufarbeitung der Verstrickung österreichischer Hochschulen in Verbrechen der NS-Zeit. Dabei gilt es sowohl den Kontinuitäten des Faschismus und Rechtsextremismus, als auch neuen Phänomenen der autoritären Krisenlösung entgegenzutreten.

Um diese Ziele zu erreichen, arbeiten wir mit antifaschistischen Gruppen zusammen.

Antikapitalismus beschreibt für uns die grundsätzliche Kritik an einem System, das auf der Ausbeutung von Menschen und ihrer Arbeitskraft und der ungleichen Verteilung von Reichtum basiert. Das kapitalistische System dringt in alle Lebensbereiche ein und setzt damit fest, wie viele Chancen und Möglichkeiten Menschen haben. Das gilt auch für unsere Bildung, in der Herrschaftsverhältnisse ideologisch und materiell reproduziert werden. Die ÖH erkennt an, dass der Staat als historisches Gebilde ausbeuterische Systeme wie den Kapitalismus oder das Patriarchat aktiv stützt und aufrechterhält. Wir wollen die Ursachen der bestehenden Klassenverhältnisse aufzeigen und das herrschende kapitalistische System, das in erster Linie nicht der Erfüllung menschlicher Bedürfnisse, sondern der Profitmaximierung einzelner reicher Menschen und großen Konzernen gilt, bekämpfen. Wir setzen uns für eine Gesellschaft ein, in der Bildung, Ressourcen und Chancen gerecht verteilt sind und in der alle Menschen Mitsprache an allen wichtigen Sphären des Lebens zusteht. Wir kämpfen gegen die Neoliberalisierung unserer Hochschulen und die Marktförmigkeit unserer Bildung an. Wir stehen für gerechte Arbeitsverhältnisse und ein Ende der Ausbeutung studentischer Arbeitskraft bei wissenschaftlichem Personal und un- oder unterbezahlten Pflichtpraktikant_innen ein. Wir sind solidarisch mit Arbeitskämpfen, sehen dabei aber auch die Grenzen unserer Möglichkeiten in einem bürgerlichen System. Unser Ziel bleibt eine klassenlose Gesellschaft und die Überwindung des Kapitalismus.

Wir setzen uns dafür ein, dass alle Studierenden in Österreich die **gleichen Rechte** besitzen, egal ob EU-Studierende oder Studierende außerhalb des Europäischen Wirtschaftsraums. Dies umfasst auch die Unterstützung von geflüchteten Studierenden, insbesondere bei Problemen, die Aufenthalt, Anerkennung und soziale Absicherung betreffen.

Die Koalitionsfraktionen arbeiten konstant am Abbau jeglicher Hürden und Barrieren an den Hochschulen. Das inkludiert insbesondere auch den **Einsatz gegen Ableismus**. Im Studierenden-Alltag stoßen wir ständig sowohl auf bauliche, physische Barrieren, als auch auf psychische Barrieren im starren Bildungssystem. Bildung ist ein Menschenrecht und muss darum für alle auch gleichermaßen zugänglich sein.

Wir setzen uns dafür ein, dass ÖH-Arbeit für alle Studierenden aus allen Hochschulsektoren möglich ist, unabhängig von der finanziellen und sozialen Lage.

Die Koalitionsfraktionen erkennen an, dass eine starke ÖH nur funktionieren kann, wenn die Vertretung von Studierenden **auf allen Ebenen** gestärkt wird. Wir setzen uns daher dafür ein, die Hochschul- und Studienvertretungsebene zu stärken, insbesondere durch Schulungen und einen transparenten Informationsfluss. Ein konstruktiver Austausch und eine gute Zusammenarbeit zwischen allen Studierendenvertreter_innen Österreichs ist unbedingt notwendig, da wir nur gemeinsam gegen die großen Herausforderungen unserer Zeit auftreten können.

Große politische Ziele erreicht man leichter, wenn man gemeinsam dafür kämpft. Dafür forciert die ÖH auch weiterhin über viele Bereiche hinweg eine starke **Bündnisarbeit**. Es wird mit Arbeitnehmer_innenvertretungen wie der AK oder Gewerkschaften zusammengearbeitet, um die Interessen von arbeitenden Studierenden zu vertreten. Außerdem führen wir die Bündnisse mit Interessenvertretungen von Minderheiten wie den Jüdischen Österreichischen Hochschüler_innen, der Hochschüler_innenschaft Österreichischer Roma und Romnja, der YXK Wien (Verband der Studierenden aus Kurdistan) und der Muslimischen Österreichischen Hochschüler_innen fort. Zusätzlich wird die Zusammenarbeit mit antirassistischen Organisationen wie ZARA - Zivilcourage & Anti-Rassismus-Arbeit und SOS Balkanroute weiter ausgebaut. Die ÖH möchte auch offene Anlaufstelle für jegliche Organisationen sein, die sich gegen Diskriminierung einsetzen und in dem Zug die Bündnisarbeit weiter ausweiten. Dies ist unumgänglich für eine linke ÖH-Arbeit, die die Stimmen von marginalisierten Studierenden hörbar machen will.

Die Koalitionsfraktionen einigen sich auf eine **konsensuale und transparente Zusammenarbeit**, in welcher ein respektvoller und vertrauensvoller Umgang gepflegt wird. Insbesondere der Wissenstransfer zwischen den aktiven Personen der vergangenen und zukünftigen Exekutiven ist uns ein wichtiges Anliegen - auch in der kurzen Zeit einer zweijährigen Funktionsperiode darf in der Vertretungsarbeit kein Wissen verloren gehen.

Als ÖH, die den Anspruch vertritt, sich für die Verbesserung der Umstände für alle Studierenden einzusetzen, sind wir **offen für alle interessierten Studierenden**, die gemäß diesem Koalitionsvertrag unsere Grundsätze vertreten, ganz unabhängig von Fraktionszugehörigkeiten. Unsere tägliche Arbeit ist eine von und für Studierende. Um unsere Vision von einem gerechten Bildungssystem zu verwirklichen, braucht es jede_n von uns. Werde also auch du aktiv und setze dich dafür ein, die Hochschule zu einem Ort für alle werden zu lassen.

PROJEKTE

Sozialpolitische Projekte

Studieren ist teuer und noch immer für einen großen Teil der Bevölkerung unzugänglich. Studierende sind mit hohen Mieten belastet und erhalten eine zu geringe Studienbeihilfe, die nicht zum Leben ausreicht. Die Inflation der letzten Jahre hat die Situation noch weiter verschärft und drängt viele Studierende in prekäre Arbeitsverhältnisse, die sie sonst nicht eingehen würden. Nachweislich leidet schnell der Studienerfolg darunter, was oft mit weiteren Konsequenzen, wie Beihilfenverlust oder Studiengebühren einhergeht. Es braucht mehr Geld für die soziale Absicherung von Studierenden! Die ÖH verfolgt das Ziel, Studieren endlich für alle möglich zu machen, unabhängig davon, welche Bildung die eigenen Eltern erhalten haben oder wie ihre finanzielle Situation ist. Gegenüber Entscheidungsträger_innen sowie im eigenen Wirkungsbereich setzt sich die ÖH auch in Zukunft für die soziale Absicherung von Studierenden ein, um so endlich tatsächliche Bildungsgerechtigkeit zu schaffen.

Studienbeihilfe-Kampagne

Die Studienbeihilfe ist, auch wenn sie noch immer viel zu niedrig ist, für viele Studierende wichtig, um sich das Studieren leisten zu können. Doch trotz des Angebots nehmen nur 12,1 Prozent der Studierenden die Studienbeihilfe in Anspruch. Tatsächlich würden aber viel mehr Studierende eine Beihilfe erhalten, wenn sie einen Antrag stellen würden. Die Gründe, warum sie das nicht machen, sind unterschiedlich. So erhalten viele Studierende etwa keine Informationen zu Beginn des Studiums, was die Studienbeihilfe ist oder wie etwa ein Antrag gestellt wird. Viele gehen aber auch davon aus, dass sie sowieso keine Beihilfe erhalten werden. Die Antragstellung ist ein bürokratischer Aufwand, der ohne Unterstützung meist nicht stemmbar ist. Vor allem für Personen mit einer anderen Erstsprache als Deutsch stellt der Prozess eine Herausforderung dar. Mithilfe dieses Projekts führt die ÖH eine österreichweite Informationskampagne durch, um Studierende über die Studienbeihilfe aufzuklären und sie somit für mehr Studierende zu öffnen. Die ÖH soll an Hochschulstandorte österreichweit fahren, um dort über die Studienbeihilfe aufzuklären und Abhilfe bei der Antragstellung zu schaffen. Zusätzlich sollen in Kooperation mit Hochschulvertretungen und Hochschulen Informationen zur Studienbeihilfe in die StEOP von möglichst vielen Studiengängen integriert werden. Im Zuge der Studienbeihilfe-Kampagne soll auch das Konzept "Studienförderung neu denken" fertiggestellt werden.

Arbeitsrechtliche Beratung

Ein Großteil der Studierenden in Österreich arbeitet. Welche Rechte arbeitende Studierende haben, ist vielen nicht bewusst. Das ist kein Zufall: Arbeitgeber_innen sind oft intransparent, um sich selbst den maximalen Nutzen aus dem Arbeitsverhältnis herauszuholen. In Kooperation mit Arbeitnehmer_innenvertreter_innen wird die ÖH temporäre Anlaufstellen in ganz Österreich schaffen, an die sich Studierende wenden können, wenn sie arbeitsrechtliche Fragen haben. Damit hilft die ÖH Studierenden, ihre Rechte in der Arbeitswelt einzufordern. Zusätzlich zur Beratung sollen auch Infoveranstaltungen in größeren Städten stattfinden, etwa zu Arbeit und Studium oder zu Praktika als Student_in.

Sommersemester 2026
Referat für Sozialpolitik,
Referat für
Öffentlichkeitsarbeit

Wintersemester 25/26
Vorsitz,
Referat für Sozialpolitik,
Referat für
Öffentlichkeitsarbeit

Unterstützung von FH-Studierenden im Pflichtpraktikum

Bei FH-Studierenden sind Pflichtpraktika in den meisten Fällen ein fester Bestandteil des Studiums. Vor allem hier sind die Arbeitsverhältnisse aber oft besonders prekär: So verrichten Studierende häufig die gleiche Arbeit wie alle anderen in einem Betrieb, erhalten jedoch viel weniger bis gar kein Geld für diese Arbeitstätigkeit. Deshalb fordert die ÖH die Verbesserung der Arbeitsbedingungen bei Pflichtpraktika für FH-Studierende. In dieser Periode sollen zusätzlich arbeitsrechtliche Beratungsangebote von der ÖH zum Thema Pflichtpraktikum geschaffen werden. Diese sollen gemeinsam mit Expert_innen der Arbeitnehmer_innenvertretung angeboten werden.

Wintersemester 25/26
Referat für Sozialpolitik,
Referat für
Fachhochschul-
angelegenheiten

Konzept zu leistbarem Wohnen

Alle Studierenden haben das Recht auf einen leistbaren Wohnplatz, doch derzeit sind wir weit davon entfernt. In fast allen Hochschulstädten schossen die Kosten fürs Wohnen in den letzten Jahren in die Höhe, was Studieren zusätzlich wieder zu einem Luxus werden lässt. Im Schnitt zahlten Studierende im Jahr 2023 100 € mehr für die Miete als noch 2019. Dem muss endlich entgegengewirkt werden und dafür muss eine Reihe an Maßnahmen ergriffen werden: Ein effektiver Mietpreisdeckel, die Wiedereinführung der Studierendenwohnheimförderung, eine bundesweite Wohnbeihilfe und Leerstandsabgaben sind ein Teil davon. Die ÖH erstellt in Zusammenarbeit mit Wissenschaftler_innen und Expert_innen in dieser Periode ein Konzept, wie es in den unterschiedlichen Mietsektoren für alle Studierenden möglich gemacht werden kann, garantiert einen leistbaren Wohnplatz zu erhalten.

Wintersemester 25/26
Referat für Sozialpolitik

Studierenden-Sozialerhebung 2025

Derzeit findet die Befragung für die Studierenden-Sozialerhebung 2025 statt. Diese bietet für die ÖH und allgemein für die österreichische Hochschullandschaft eine wichtige Datenbasis, wie es um die soziale Lage von Studierenden in Österreich steht. Die Ergebnisse der Befragung werden Anfang 2026 veröffentlicht und sollen auch in diesem Jahr von der ÖH öffentlichkeitswirksam aufbereitet und verwertet werden.

Wintersemester 25/26
Referat für Sozialpolitik

Konzeptpapier zu leistbaren Mensen

Besonders im letzten Jahr wurde klar, welchen dringenden Handlungsbedarf es bei den Mensen an Österreichs Hochschulen gibt. Mensen sind nach wie vor oft zu teuer, unattraktiv oder gar nicht vorhanden. Kurzfristig muss der Mensabonus weiter angeboten werden, um so Abhilfe zu schaffen. Langfristig muss die ÖH sich für die strukturelle Veränderung der Mensen GmbH einsetzen, etwa durch die Überführung in eine genossenschaftliche Organisationsform und die Ausweitung der Standorte. Hier gilt es, politischen Druck auf die Bundesregierung auszuüben, da leistbare Mahlzeiten an unseren Hochschulstandorten unumgänglich sind.

Wintersemester 25/26
Referat für Sozialpolitik

Wintersemester 25/26
Referat für Sozialpolitik

Studierendenheimvertretungen

Studierendenheimvertreter_innen haben in ihren Heimen viele Möglichkeiten, die Lebenssituation von Studierenden dort zu verbessern. Oft fehlen jedoch noch immer Informationen dazu, dass es diese Vertretungen gibt, aber auch, was genau ihre Rechte sind. So haben Heimvertreter_innen etwa die Möglichkeit, bei der Preisgestaltung des Benützungsentgeltes mitzuwirken. Hier soll die ÖH Abhilfe schaffen und für Heimvertreter_innen Schulungen anbieten, die ihnen für die Arbeit Orientierung und Hilfe bieten sollen, um so das Leben im Studierendenheim für alle zu verbessern. Zusätzlich gibt es im StudHG (Studierendenheimgesetz) unklare Formulierungen, die es ermöglichen, dass Studierende recht spontan aus Studierendenwohnheimen aufgekündigt werden können, während zur selben Zeit in Studierendenwohnheimen auch während dem Jahr viele Wohnungen frei werden. Deshalb sollen gemeinsam mit Heimbetreiber_innen Regelungen geschaffen werden, die es ermöglichen, kurzfristige Notschlafstellen für Studierende bereitzustellen.

Wintersemester 25/26
Referat für Sozialpolitik

Mehr finanzielle Mittel für psychologische Unterstützung

Die ÖH Helpline gibt es an der ÖH schon seit über 10 Jahren und in der letzten Periode wurde das Angebot um ein Vielfaches ausgebaut. Die ÖH Helpline bietet nun Studierenden österreichweit niederschweligen Zugang zu Psychotherapie. Das psychologische Unterstützungsangebot soll in dieser ÖH-Periode noch weiter ausgebaut werden. Die ÖH-Helpline soll ausgeweitet werden, damit sie noch mehr Studierenden zugutekommen kann. Hierfür sollen in Zukunft vom Wissenschaftsministerium finanzielle Mittel ausverhandelt werden, womit die Ausweitung gestemmt werden kann. Zusätzlich soll ein Rebranding der Helpline evaluiert werden.

Bildungspolitische Projekte

Bildung ist ein Menschenrecht. Die ÖH kämpft deshalb dafür, dass wirklich allen ein gerechter Zugang dazu gewährt wird. Es muss im Interesse einer Gesellschaft sein, Bildung für alle zu bieten, um Wissen für alle zugänglich zu machen. Die ÖH erteilt der zunehmenden Marktorientierung von Bildungseinrichtungen eine klare Absage. Bildung darf nicht dazu da sein, dem Arbeitsmarkt möglichst schnell neue Kräfte zur Verfügung zu stellen. Das Bildungs- und somit auch das Hochschulsystem in Österreich entwickeln sich durch Leistungsdruck, Knock Out-Prüfungen und Studiengebühren, aber immer weiter hin zu Strukturen, in denen der neoliberale Kapitalismus Anklang gefunden hat. Es muss möglich sein, Studiengänge aus Neugier und Interesse zu wählen und nicht aus einer Verwertungslogik, die politisch immer weiter vorangetrieben wird. Eine freie Studienwahl, in welcher sich Studierende die Zeit nehmen können, die benötigt wird, setzt voraus, dass der Staat die finanzielle Unterstützung gewährleistet, um ein Studium ohne finanzielle Sorgen bestreiten zu können. Notwendig ist außerdem der Abbau aller Hürden, mit denen Studierende vor und im Studium zu kämpfen haben und die das Vorankommen im Studium erschweren. Es braucht eine demokratische Hochschule, an der wir Studierenden die gleichen Mitspracherechte haben wie alle anderen Hochschulangehörigen. Hochschuldemokratie ist keine Wunschvorstellung, sondern eine Notwendigkeit, um unsere Hochschulen konstant besser für alle Studierenden zu gestalten. Die ÖH sieht weiterhin viele Anknüpfungspunkte, wo sich das Bildungssystem zu verbessern hat und setzt sich deshalb am Verhandlungstisch und in eigenen Projekten auch in der folgenden Periode konsequent für diese Verbesserungen ein.

Starke Stimme in den Verhandlungen mit der Bundesregierung

Auch in der kommenden Periode muss die ÖH in Verhandlungen mit der Bundesregierung stark auftreten und sich konsequent für die Interessen der Studierenden einsetzen. Trotz einiger angekündigter Verbesserungen gibt es auch schwammige Formulierungen zu hochschulpolitischen Themen, die Raum zur Verschlechterung lassen. Deshalb gilt es, sich konsequent und aktiv in Austausch zu treten und sich lautstark gegenüber der Bundesregierung zu äußern, wenn Verschlechterungen an den Hochschulen eintreten. Die ÖH wird auch in dieser Periode ihr allgemeinpolitisches Mandat nutzen, um linke Gesellschaftspolitik voranzutreiben. Der weltweite Rechtsruck spiegelt sich auch in den Parlamentsparteien in Österreich und im Regierungsprogramm wider. Die ÖH muss weiterhin progressive Hochschulpolitik und Forschung vorantreiben und sich lautstark bei Verschlechterungen und Einschnitten positionieren. Die ÖH soll sich unter anderem zu den Themen digitaler Studierendenausweis, ECTS-Leitfaden, Hochschulstrategie 2040 und Evaluierung der inneruniversitären Governance-Strukturen positionieren, die bereits im Regierungsprogramm angesprochen werden. Größere Themen wie Studienbeihilfe, StEOP und Wohnen sind weiter unten gesondert angeführt. Das kann durch Gespräche, Stellungnahmen und Aktivismus passieren. Dafür soll ein gesichertes Budget zur Verfügung stehen.

**Gesamte
Exekutivperiode**
alle Referate je nach
inhaltlicher Zuständigkeit

Sommersemester 2026
 Referat für Sozialpolitik,
 Referat für
 Bildungspolitik

StEOP neu

Die Studieneingangs- und Orientierungsphase besteht derzeit oftmals einzig und allein aus Knock Out-Prüfungen. Die ÖH soll sich dafür einsetzen, dass die StEOP endlich ihrem Namen gerecht wird. Es soll eine Orientierungsphase mit unterschiedlichen Schwerpunkten geschaffen werden, nach der Studierende frei entscheiden können, welchem Studiengang sie nachgehen wollen, ohne dabei ein Semester zu verlieren. Zusätzlich braucht es noch intensivere Maturant_innenberatung. Dadurch können unnötige Studienwechsel verhindert werden. Da die Bundesregierung in ihrem Programm die Umstrukturierung der StEOP auch erwähnt, muss die ÖH diesen Moment nutzen, um dafür zu sorgen, dass diese tatsächlich zugunsten der Studierenden verändert wird. Die ÖH wird ein Konzept einer StEOP ausarbeiten, die eine ausführliche Orientierung für Studierende schafft und gleichzeitig auch die Fragen klärt, wie mit Studierenden umgegangen wird, die sich in ihrer Studienwahl schon sicher sind. Gleichzeitig braucht es einen ganzheitlichen Blick, wie das in unterschiedlichen Hochschultypen und Studiengängen umsetzbar ist.

Wintersemester 25/26
 Referat für
 wirtschaftliche
 Angelegenheiten,
 Referat für Sozialpolitik,
 Referat für feministische
 Politik, Queer-Referat

Abschlussarbeiten-Fördertopf

Zu den wichtigsten Angeboten der ÖH zählen zahlreiche Fördertöpfe, die Studierenden in unterschiedlichen Lebenssituationen zugutekommen. So gibt es etwa auch einige Fördertöpfe, die Abschlussarbeiten fördern. Um eine weitere Themenbandbreite und einheitliche Entscheidungskriterien festzulegen, soll es einen gesamtheitlichen Fördertopf für Abschlussarbeiten geben. Unser Anspruch für die folgende Periode ist es, einen einheitlichen Fördertopf für Abschlussarbeiten zu schaffen, mit einer klar formulierten Richtlinie, die auf unterschiedliche thematische Schwerpunkte eingeht.

**Gesamte
 Exekutivperiode**
 Vorsitz, inhaltlich
 zuständige Referate

Budget für zusätzliche Studienreisen

Zusätzlich zu Seminaren bietet die ÖH auch in Zukunft Studienreisen an, um für Studierende vor Ort Bildungsangebote zu schaffen. Um das auch in Zukunft wieder sicher veranstalten zu können, soll im Vorhinein ein gesichertes Budget festgelegt werden, welches für zukünftig geplante Studienreisen verwendet werden kann.

Sommersemester 2026
 Referat für
 Fachhochschul-
 angelegenheiten

ÖH-Paper zu Ausbildungsverträgen an Fachhochschulen

FH-Studierende stehen im Gegensatz zu Studierenden an öffentlichen Universitäten in einem privatrechtlichen Vertragsverhältnis zur Hochschule, was ihre Rechtsstellung im Vergleich zu Studierenden öffentlicher Hochschulen verschlechtert. Der Rahmen dafür ist der sogenannte Ausbildungsvertrag. FH-Studierende werden über diesen Vertrag vor ihrem Studium kaum aufgeklärt und wissen in vielen Fällen nicht, welche Nachteile das Formular vor ihnen, das sie plötzlich unterschreiben müssen, mit sich bringen kann. Eine Alternative gibt es nicht, denn der Vertrag ist die Grundlage, um dort studieren zu dürfen. Die ÖH kann die Rechtsstellung von Studierenden an FHs nicht allein verbessern oder diese Ausbildungsverträge abschaffen, aber sie kann Aufklärung dazu bieten. Deshalb soll die ÖH in dieser Periode ein Paper ausarbeiten, wo Ausbildungsverträge unterschiedlicher Fachhochschulen miteinander verglichen und ausgewertet werden und Studieninteressierte über ihre Rechte und Pflichten, die mit einem Ausbildungsvertrag einhergehen, aufgeklärt werden.

Unterstützung von Lehramtsstudierenden bei Curriculums-Umstieg

In der letzten Periode hat eine große Lehramtsnovelle stattgefunden, die einige lang geforderte curriculare Änderungen gebracht hat. Dennoch birgt der Umstieg für viele Studierende Unklarheiten, die wir als ÖH abfedern wollen. Die ÖH soll Unterstützungsangebote schaffen, die Studierenden diverse Informationen zum Umstieg bereitstellen. Es soll dabei geklärt werden, welche Rechte und Pflichten Studierende beim Curriculums-Umstieg haben, ob und wie lange sie in ihren alten Curricula bleiben können und welche Konsequenzen diese Optionen mit sich bringen. Außerdem soll rechtliche Beratung für den Lehramtsumstieg an den PHs angeboten und beworben werden.

Wintersemester 25/26
Referat für
pädagogische Angelegenheiten

Dienstrechtsschulungen für Lehramtsstudierende

Zukünftige Lehrpersonen werden oft zu wenig über ihre Rechte als Arbeitnehmer_innen aufgeklärt. Vor allem bei einer so langen Ausbildungszeit sollte von Seiten der PH Aufklärung geschaffen werden. Die ÖH soll als Überbrückung in Kooperation mit Arbeitnehmer_innenvertretungen wie der Gewerkschaft Dienstrechtsschulungen für Lehramtsstudierende organisieren.

Sommersemester 2026
Referat für
pädagogische
Angelegenheiten

Monat der freien Bildung

Bereits in der Vergangenheit hat die ÖH den Monat der freien Bildung organisiert. Das ist ein Aktionsmonat, in welchem ein Fokus darauf gelegt wird, Bildung frei zugänglich zu machen. Der Monat steht unter der Devise "Bildung ist ein Menschenrecht" und dabei soll gezeigt werden, dass diese nichts Elitäres sein darf, das nur bestimmten Gruppen vorbehalten ist. In der Vergangenheit wurden dabei insbesondere Vorlesungen, Workshops, etc. gemeinsam aus den Hörsälen heraus in die Gesellschaft gebracht. Die ÖH alleine kann hier keine großen Sprünge machen, weswegen es umso wichtiger ist, die Hochschulvertretungen einzubauen. Die ÖH soll in einer vorbereitenden und koordinierenden Rolle aktiv sein und den Monat der freien Bildung als ein Gesamtprojekt über alle Ebenen der ÖH auf die Beine stellen.

bis
Wintersemester 26/27
Referat für
Bildungspolitik

Microcredentials

Mit der Einführung der Microcredentials wurde eine neue Möglichkeit geschaffen, sich auch außerhalb eines ordentlichen Studiums an der Universität weiterzubilden. Diese kleineren Kurse haben jedoch sowohl positive als auch negative Seiten. Einerseits können sie ein praktisches Tool sein, um sich ohne großen zeitlichen Aufwand gezielt weiterzubilden. Andererseits gibt es keine einheitlichen Regelungen zur Preisgestaltung, was Bildung hier einmal mehr zu einer Ware verkommen lässt. Hier spiegelt sich einmal mehr eine immer stärkere Marktorientierung wider. Die ÖH soll sich mit dieser Thematik intensiver beschäftigen und die bestehende Positionierung zu Microcredentials erweitern, um der Wichtigkeit, welche dieses Thema zunehmend einnimmt, gerecht zu werden. Es soll eine kritische Auseinandersetzung mit Microcredentials stattfinden und herausgearbeitet werden, ob diese ein relevanter Baustein für eine wirklich offene und freie Bildung für alle sein können.

bis
Wintersemester 26/27
Referat für
Bildungspolitik

bis
Wintersemester 26/27
 Referat für
 Bildungspolitik,
 Referat für internationale
 Angelegenheiten

Fokusgruppe PhD-Studierende

PhD-Studierende befinden sich oft in einer speziellen Lage wieder, da sie neben ihrer Rolle als Studierende, vor allem Hochschulangestellte sind. Auch ist ihre Lage durch befristete Anstellungsverträge, die von vielen Faktoren abhängig sind, oft sehr prekär. Deshalb muss die ÖH eine Anlaufstelle für PhD-Studierende schaffen.

Die ÖH soll sich außerdem erneut um eine Mitgliedschaft in EuroDoc bemühen. Um hier Doktoratsstudierende adäquat vertreten zu können, soll eine Vernetzungsplattform für Doktorats-Studienvertretungen geschaffen werden bzw. diese Plattform zum inhaltlichen Austausch genutzt werden. So kann die ÖH dieser Studierenden-gruppe wieder mehr Raum in der ÖH-Arbeit geben. Außerdem können so Anstöße für die Überarbeitung von Kapiteln des Forum Hochschule eingeholt werden, die Doktorats- und PhD-Studierende betreffen.

Wintersemester 25/26,
Sommersemester 2026
 Referat für
 wirtschaftliche
 Angelegenheiten,
 thematisch passende
 Referate

Workshops für Lehramts-Studierende

In der vergangenen Funktionsperiode wurden Kooperationsverträge mit Aufklärungs- und Weiterbildungsorganisationen (Zweite Aufklärung, Black Voices) geschlossen, um Lehramtsstudierenden die Möglichkeit zu geben, sich in verschiedenen Thematiken, welche im Lehramtsstudium viel zu oft zu kurz kommen, vertiefend weiterzubilden. Diese Verträge sollen zu einem breiten Bündel zusammengeführt werden. Es soll eine Infrastruktur entworfen werden, in welcher es einfach möglich ist, neue Kooperations-partner_innen einzubeziehen, und über die Studien- und Hochschulvertretungen niederschwellig Workshops buchen können. In der Erarbeitung soll auch die Möglichkeit von Kostenbeteiligung der Hochschul- bzw. Studienvertretungen besprochen werden, insbesondere beim Anfallen von Stornokosten.

Gesamte
Exekutivperiode
 Referat für Umwelt- und
 Klimapolitik, alle Referate

Forum Hochschule

Das Forum Hochschule soll überarbeitet werden. Diese Gelegenheit soll insbesondere genutzt werden, um ein Kapitel zur Klimaneutralen Hochschule auszuarbeiten. Hierfür soll eine Arbeitsgruppe eingerichtet werden, ähnlich der Erarbeitung der bereits bestehenden Kapiteln - es soll in Dialog getreten werden mit Bündnissen wie der Allianz für Nachhaltige Universitäten, weiteren Expert_innen und Wissenschaftler_innen. Die Verfassung obliegt dem Referat für Umwelt- und Klimapolitik mit inhaltlicher Unterstützung von Expert_innen. Außerdem sollen alle weiteren Kapitel überarbeitet werden, um eine Neuauflage des Forum Hochschule zu veröffentlichen.

Klimapolitische Projekte

Die Klimakrise ist die langfristig schwerwiegendste Krise unserer Zeit. Sie beeinflusst alle Sektoren unseres Lebens und sorgt für Dürren, Wetterextreme, Ernteaufschläge, die Entstehung und das immer weitere Zuspitzen von humanitären Krisen weltweit. Sie zu bekämpfen, ist eine Aufgabe, der sich alle stellen müssen, auch Hochschulen. Dem Hochschulsystem sind im Bezug auf die Klimakrise mehrere Rollen zuzuschreiben. Einerseits sind Hochschulen große Institutionen, die an ihren Strukturen arbeiten müssen, um endlich klimaneutral zu werden. Sie müssen ihren Treibhausgasausstoß verringern und hier eine Vorreiter_innenrolle einnehmen, um auch anderen Institutionen zu zeigen: Klimaneutralität ist möglich! Andererseits sind sie der Ort, an dem so viel Wissen zur Klimakrise erst generiert wurde. Sie sind die Institutionen, in welchen die Forschungserkenntnisse, die Möglichkeiten und Mittel im Kampf gegen die Klimakrise erarbeitet werden. Diese Forschung muss vorangetrieben werden, ein Bestandteil der Lehre sein und auch laut an die Öffentlichkeit kommuniziert werden. Denn Klimaschutz darf nicht an der Hochschule aufhören oder einzelnen Student_innen finanziell zur Last fallen. Um die Klimakrise wirklich nachhaltig zu bekämpfen, braucht es einen grundlegenden ökosozialen Systemwandel, denn es kann keinen ökologisch-nachhaltigen Kapitalismus geben. Ein Wirtschaftssystem, das auf Ausbeutung beruht, kann niemals nachhaltig funktionieren und muss endlich Vergangenheit werden. Wir wollen als Österreichische Hochschüler_innenschaft alle Hebel in Bewegung setzen und uns lautstark für eine klimagerechte Hochschule und ein klimagerechtes System für alle einsetzen.

Tagesaktuelle Klimaarbeit mit Schwerpunkt zu Mobilitätsprojekten

Die Klimakrise ist nicht nur die größte, sondern auch eine der vielschichtigsten Herausforderungen unserer Zeit. Deshalb braucht es flexible und bedarfsorientierte Mittel, um Initiativen und Projekte wirksam zu unterstützen. Ein entsprechendes Budget soll gezielt für Demonstrationen und Protestaktionen – etwa gegen Subventionen für fossile Energien, nicht benötigte Neubauprojekte oder die geplante Teuerung des Klimatickets – sowie zur Förderung klimapolitischer Initiativen und kurzfristiger Projekte im Zusammenhang mit aktuellen politischen Entwicklungen verwendet werden können. Klar ist: Klimaneutralität ist unverzichtbar. Auch wenn das Einhalten der Pariser Klimaziele zunehmend unrealistisch erscheint, müssen die Anstrengungen in Richtung Klimaschutz deutlich intensiviert werden. Ein zentrales Handlungsfeld dabei ist die Mobilität. Gerade Studierende sind auf öffentliche Verkehrsmittel angewiesen, gleichzeitig steigen die Ticketpreise stetig und werden für viele unbezahlbar. Öffis sind nicht nur essentiell für den täglichen Weg zur Hochschule, sondern auch für Exkursionen, den Besuch von Lehrveranstaltungen an anderen Standorten und für Freizeitaktivitäten. Das Klimaticket bietet hier eine vergleichsweise finanzierbare Option für nachhaltige Mobilität. Die im Rahmen des Sparpakets geplanten Preiserhöhungen stellen jedoch viele vor die Frage, ob sie sich das Ticket künftig noch leisten können – insbesondere jene, die gerade aus der Kategorie „Jugend“ herausfallen. Um dieser Entwicklung entgegenzuwirken, gibt es bereits erprobte lokale Modelle, bei denen Klimatickets verliehen werden. Die ÖH soll ihre Informationskanäle und Vernetzungsplattformen nutzen, um diese Modelle bekannt zu machen. Darüber hinaus sollte sich die ÖH verstärkt und aktiv für das Thema nachhaltige Mobilität einsetzen und dessen Relevanz gegenüber politischen Entscheidungsträger_innen sowie anderen relevanten Akteur_innen betonen.

gesamte
Exekutivperiode
Referat für Umwelt- und
Klimapolitik

gesamte
Exekutivperiode
Referat für Umwelt-
und Klimapolitik

OC4CC

Open Your Course For Climate Crisis (OC4CC) hat die ÖH in der vergangenen Periode schon zweimal erfolgreich umsetzen können, weshalb es in dieser Periode weitergeführt werden soll. Es handelt sich um eine Aktionswoche, an der Professor_innen oder das Lehrpersonal dazu angehalten werden, ihre fachspezifischen Inhalte mit der Klimakrise zu verknüpfen. Hier hat sich eine enge Zusammenarbeit mit Hochschulvertretungen und Studienvertretungen bewährt, weshalb diese auch wieder angestrebt werden soll. Die Aktionswoche soll jedes Semester stattfinden – dadurch ergibt sich eine Kontinuität, welche wichtig für eine langfristige Etablierung ist.

Klimarat trifft auf Entscheidungsträger_innen

In der vergangenen Funktionsperiode hat die ÖH den ersten Klimarat der Hochschulen organisiert. Der Klimarat hat klimapolitische Forderungen mit Hochschulbezug gestellt, die an Stakeholder_innen wie Ministerien, Hochschulrektorate sowie Hochschulvertretungen gerichtet sind. Die ÖH soll sich dafür einsetzen, dass die Forderungen in der angepassten Form, wie sie letzte Periode Beschluss waren, umgesetzt werden. Die ÖH soll einen ersten Stakeholder_innendialog organisieren, u.a. mit Vertreter_innen des Wissenschaftsministeriums, Landwirtschaftsministerium, Hochschulrektoren und ÖH-Vertreter_innen. Es ist darauf zu achten, dass Ergebnisse festgehalten werden und so Verbindlichkeit geschaffen werden kann.

Wintersemester 26/27
Referat für Umwelt-
und Klimapolitik

Für transparente und klimaneutrale Hochschulen

In Österreich sind die Hochschulen in vielen Bereichen viel zu intransparent. Hochschulwatch ist ein bereits bestehendes Projekt in Deutschland, an welchem sich auch der freie Zusammenschluss von student*innenschaften (fzs), mit dem die ÖH regelmäßig zusammenarbeitet, beteiligt. Es dokumentiert und analysiert die Einflussnahme von Unternehmen, Stiftungen und anderen externen Akteur_innen auf Hochschulen. Ziel ist es, Transparenz darüber zu schaffen, wie wirtschaftliche Interessen Forschung und Lehre beeinflussen. Das ist notwendig, um die wissenschaftliche Unabhängigkeit zu schützen und sicherzustellen, dass Hochschulen ihrem öffentlichen Auftrag gerecht werden – frei von verdeckter Einflussnahme. Außerdem kann es auch so erweitert werden, dass Privatuniversitäten offenlegen, wie viele öffentliche Gelder in ihr Budget fließen. Hierfür wird in Zusammenarbeit mit Expert_innen ein öffentlich einsehbares Datenportal angestrebt. Gleichzeitig sollen auch Daten zur Klimaneutralität von Hochschulen untersucht werden – denn auch mit den Emissionsdaten sind Hochschulen intransparent. Oft sind sie öffentlich schlecht einsehbar oder werden gegreenwashed. Als wichtiger Schritt kann hier gesehen werden, dass diese Daten öffentlich und zentralisiert leicht verständlich zugänglich gemacht werden. Die Aufbereitung der Daten soll Transparenz sowie eine wissenschaftliche Grundlage als Druckmittel zur Umsetzung von Maßnahmen in Richtung Klimaneutrale Hochschule bieten. Die ÖH soll eine zentrale Plattform, die Daten zur Treibhausgasbilanz, Finanzierung, und klimarelevanten Bereichen (Versiegelung, Energie, Mobilität, Klimalehre) visualisiert, zur Verfügung stellen.

bis
Wintersemester 26/27
Referat für
Bildungspolitik,
Referat für Umwelt-
und Klimapolitik

Solidarisch durch die Klimakrise

Klimakatastrophen treten immer häufiger auf - vor allem einkommensschwache Personen sind von diesen besonders hart betroffen. Als Österreichische Hochschüler_inenschaft betrachten wir die steigende Anzahl an Naturkatastrophen, welche Existenzen zerstören, besonders kritisch. Hier ist es essentiell, Konzepte zu erarbeiten, auf welche zurückgegriffen werden kann, um betroffene Studierende und jene, welche bei den Aufräumarbeiten helfen, zu unterstützen. Zusätzlich soll öffentlichkeitswirksam beim Eintreten von Klimakatastrophen aufgerufen werden, dass Studierenden, welche betroffen sind oder bei Aufräumarbeiten unterstützen, mit Kulanz beim Studium entgegengekommen wird (bspw. sollten Anwesenheitspflichten ausgesetzt werden).

Gesamte

Exekutivperiode

Referat für Umwelt- und Klimapolitik, Referat für wirtschaftliche Angelegenheiten

Gesellschaftspolitik

Das Leben der Studierenden endet nicht an den Toren der Hochschule, ebensowenig machen gesellschaftliche Probleme vor dem Alltag der Studierenden halt. Viele sind daher Sexismus, Transfeindlichkeit, Rassismus und Ableismus ausgesetzt, was große Auswirkungen auf ihr Studium hat. Wer sich tagtäglich mit unterschiedlichen Arten der Diskriminierung herumschlagen muss, hat im Studienleben viel schlechtere Grundvoraussetzungen als Menschen, die diese Erfahrungen nicht machen müssen. Deshalb positioniert sich die ÖH einmal mehr als politische Institution, die Gesellschafts- und Hochschulpolitik gemeinsam denkt. Studierende sind mitverantwortlich für die Schaffung einer besseren Zukunft, weshalb es wichtig ist, für alle die gleichen Bildungschancen zu schaffen und gleichzeitig wichtige Aufklärungs- und Bildungsangebote als ÖH anzubieten, die in den Hochschulen weiterhin zu kurz kommen. Gute Vertretungsarbeit zeichnet sich dadurch aus, dass Studierende in allen Lebensbereichen unterstützt werden und das strebt die ÖH auch in der folgenden Periode an.

ÖH-Beratungsstelle gegen Rassismus

People of Colour (PoC) sind tagtäglich Diskriminierung ausgesetzt und das spiegelt sich auch an den Hochschulen wider: Rassistische Lehrpersonen und Mitstudierende machen den Studienalltag zur Dauerbelastung. Zusätzlich sind die Hochschulen noch immer ein Raum, der unterschiedliche strukturelle Barrieren für PoC aufrechterhält. Neben fehlender Repräsentation werden PoC oft schlechter benotet und diskriminierende Lehrinhalte vermittelt. Gezielte Unterstützungsmaßnahmen für PoC bleiben aus. Solange die Bundesregierung nicht selbst aktiv dagegen wird, ist es umso mehr die Aufgabe der ÖH, eine laute Stimme gegen Rassismus zu sein. Deshalb braucht es in der ÖH eine Beratungsstelle gegen Rassismus, an die sich Betroffene wenden können, wenn sie Diskriminierung an der Hochschule erfahren haben.

Aktionsplan gegen Rechtsextremismus an Hochschulen

Hochschulen tragen die Verantwortung, eine Grundlage für eine solidarische Gesellschaft zu schaffen. Um das zu realisieren, braucht es Hochschulen, die einen Plan haben, wie mit den ansteigenden rechtsextremen Vorfällen an der eigenen Institution umgegangen wird. Immer noch treiben sich Rechtsextreme an Hochschulen herum - vom deutschnationalen, scheinakademischen Burschenschafter bis zum gewaltbereiten Schlägertrupp. Historisch sind Universitäten schon immer Orte gewesen, an denen sich Rechtsextreme wohlfühlen - mal mit mehr, mal mit weniger Einfluss. An einigen Unis in Österreich wird ersichtlich, wie groß dieses Problem noch immer ist, denn an den Universitäten wurde die eigene Nazi-Vergangenheit zu großen Teilen nur äußerst lückenhaft und oberflächlich aufgearbeitet. Unsere Hochschulen müssen endlich Verantwortung übernehmen und aktiv gegen Rechtsextremismus vorgehen. Vor allem in diesen Zeiten ist es wichtig, dass Hochschulen hier ihre Verantwortung ernstnehmen. Die ÖH muss einen Aktionsplan gegen Rechtsextremismus einfordern. Intern sollen deshalb referatsübergreifend wichtige Eckpunkte zusammengefasst werden, die der Bundesregierung vorgelegt werden können.

Wintersemester 25/26
und danach
laufende Arbeit
Referat für
ausländische Studierende

bis spätestens
Wintersemester 26/27
alle

Feministische Kampagne zu FLINTA* an den Hochschulen

Gerade jetzt, mit weltweiten antifeministischen Angriffen auf die Wissenschaft und die Gesellschaft als Ganzes, muss die ÖH ihre Rolle im Kampf gegen das weltweite Erstarken des Rechtsextremismus und Patriarchats wahrnehmen und aktiv dagegen vorgehen. Die ÖH soll in einer queerfeministischen Kampagne auf Hürden von FLINTA*-Personen im Hochschulbetrieb eingehen und zusätzlich ein wissenschaftliches Bildungsangebot schaffen. Die ÖH veranstaltet eine queerfeministische Ringvorlesung, in welcher auf Genderperspektiven, die oft zu kurz kommen, in unterschiedlichen wissenschaftlichen Disziplinen eingegangen wird. Die Ringvorlesung ist so konzipiert, dass Ergebnisse daraus gezogen werden können, die der queerfeministischen ÖH-Arbeit in weiterer Folge als Grundlage dienen sollen.

Sommersemester 2026
Referat für feministische Politik, Queer-Referat, Referat für Öffentlichkeitsarbeit

Selbstverteidigungskurse

Schon jetzt werden vom Referat für feministische Politik regelmäßig Selbstverteidigungskurse veranstaltet, die von FLINTA*-Personen in Anspruch genommen werden können. Selbstverteidigungskurse können einzelnen FLINTA*-Personen helfen, sich in unterschiedlichen Situationen zu wehren. Patriarchale Gewalt muss zwar auf anderem Weg beseitigt werden, doch schon jetzt muss dafür gesorgt werden, dass FLINTA*-Personen sich sicherer fühlen. Selbstverteidigungskurse können dazu beitragen. Deshalb sollen diese Kurse in Zukunft in Rahmenverträge gegossen werden, um die Organisation in Zukunft zu vereinfachen.

Wintersemester 25/26
Referat für feministische Politik

Anti-Rassismus-Konferenz

2025 hat die erste Anti-Rassismus-Konferenz stattgefunden, die von der ÖH gemeinsam mit dem Verein ZARA - Zivilcourage & Anti-Rassismus-Arbeit organisiert wurde. Die Konferenz hat gute Möglichkeiten zur Weiterbildung und einen Vernetzungsraum für PoC geschaffen. Auch in der kommenden Periode wird die ÖH deshalb wieder solch eine Konferenz veranstalten und damit erneut ein zusätzliches antirassistisches Bildungsangebot schaffen.

Wintersemester 2026
Referat für Sozialpolitik, Referat für Öffentlichkeitsarbeit, Referat für ausländische Studierende

Haltung statt Festung

Auch die Zusammenarbeit mit der SOS Balkanroute war in der Vergangenheit schon sehr produktiv und soll in Zukunft weitergeführt werden. Gemeinsam sollen in der folgenden Funktionsperiode Bildungs- und Aufklärungsangebote für Studierende geschaffen und damit weiterhin Aufmerksamkeit auf das Thema Flucht und Asyl gelenkt werden. Es sollen wieder zwei Hochschultouren stattfinden und zusätzlich eine Studienreise angeboten werden.

gesamte Exekutivperiode
Referat für Sozialpolitik, Referat für Öffentlichkeitsarbeit

Wintersemester 25/26
bis Sommersemester
2026, Veröffentlichung
Wintersemester 26/27

Referat für
Bildungspolitik, Referat für
Antifaschistische
Gesellschaftspolitik und
Menschenrechte, Referat
für Ausländische
Studierende

Rassismuskritische Bildung

Rassismus ist noch immer fest in den Strukturen unseres Bildungssystems verankert. Als Studierendenvertretung sehen wir hier unsere Pflicht, strukturellen Rassismus im Hochschulalltag zu erkennen, zu benennen und dagegen anzukämpfen. Denn eine gerechte und sichere Hochschule für alle bedeutet: Antirassismus muss Praxis werden! Deshalb soll ein Aktionsplan gegen Rassismus an Hochschulen und in der Lehre erarbeitet werden. Aktionspläne gegen Rassismus sind seit Jahren ein wichtiger Schritt für Städte und Nationen, um gegen institutionalisierten Rassismus anzukämpfen. Auch die EU stellte 2020 einen Aktionsplan gegen Rassismus 2020-2025 vor. Dass es im Bildungs- und Wissenschaftsbereich noch keinen solchen Aktionsplan gibt, zeigt, dass hier dringender Aufholbedarf herrscht. Für die Umsetzung dieses Projekts ist es für uns essentiell, mit verschiedenen Expert_innen aus NGOs und Organisationen, die in der Antirassismuserbeit tätig sind, zusammenzuarbeiten.

April 2026

Referat für
Antifaschistische
Gesellschaftspolitik und
Menschenrechte

Antifaschistisches Bildungsangebot

Antifaschistische Arbeit muss vor allem in Zeiten wie diesen, wo rechtsextreme Ideologien immer weiter salonfähig werden, ausgebaut werden. So soll auch die ÖH wieder ein Angebot schaffen, wo Studierende sich außerhalb der Hochschule ausführlich mit dem Thema Rechtsextremismus auseinandersetzen können. Dazu soll wieder ein Seminar am Wochenende der Befreiungsfeier in Mauthausen stattfinden. In verschiedenen Workshops sollen unter anderem Faschismustheorien sowie die austrofaschistische und nationalsozialistische Vergangenheit Österreichs thematisiert werden. Den Abschluss bildet eine gemeinsame Fahrt zur Befreiungsfeier in der KZ-Gedenkstätte Mauthausen am 10. Mai 2026. Damit passiert wichtige Bildungsarbeit und Studierende werden zu einer aktiven Gedenkkultur bewegt.

Antiziganismus-Broschüre

bis
Wintersemester 2026
Referat für
Öffentlichkeitsarbeit,
Referat für
Antifaschistische
Gesellschaftspolitik und
Menschenrechte

Rom_nja und Sinti_zze sind sowohl in Österreich als auch Global noch immer Anfeindungen, struktureller Diskriminierung und sozialer Ausgrenzung ausgesetzt. An unseren Hochschulen wird die Ungleichbehandlung und Stigmatisierung von Rom_nja und Sinti_zze aber kaum thematisiert oder erforscht. Um ein größeres Bewusstsein für die strukturelle Diskriminierung von Rom_nja und Sinti_zze zu schaffen, hat die ÖH deshalb bereits 2017 unter dem Titel "Antiziganismus Antiromanismus" eine Antiziganismus-Broschüre herausgebracht. Diese Broschüre soll nun in Kooperation mit Expert_innen aus der Antiziganismusforschung und dem politischen Aktivismus gegen Antiziganismus in einer Neuauflage evaluiert, überarbeitet und erweitert werden.

Antifaschistische Schulungen an Pädagogischen Hochschulen

Antifaschistische Bildung muss schon in der Schule beginnen. Hier sind auch die Pädagogischen Hochschulen zentral, die die Lehrer_innen von morgen ausbilden. Sie sind gefragt, Lehrpersonen zu sensibilisieren und gleichzeitig das Interesse an aktiver antifaschistischer Lehre und Gedenkkultur im Klassenzimmer zu wecken. Bis sowas aber ein garantierter Bestandteil der Curricula wird, soll die ÖH solch ein Angebot schaffen. Sie soll für Lehramtsstudierende antifaschistische Schulungen anbieten. In der vergangenen Periode wurden bereits antirassistische Schulungen für künftige Lehrpersonen angeboten, was die ÖH zusätzlich in der folgenden Periode weiterführen soll.

Sommersemester 2026
Referat für
pädagogische
Angelegenheiten

Sensibilisierung (Lehramts-)Studierender für Ableismus

Um Studierende für Ableismus und seine Auswirkung zu sensibilisieren und insbesondere Lehramtsstudierenden Skills mitzugeben, Awareness zu schaffen und Wissen weiterzugeben, sollen Workshops für Studierende im Lehramtsstudium organisiert werden. Angestrebt wird eine Kooperation mit einer auf Ableismus spezialisierten Organisation, welche Workshops nach dem Muster bewährter Kooperationen erarbeiten kann. Barrieren an den Hochschulen, diskriminierende Sprache und Handlungen sowie die Reproduktion von Stereotypen sind Dinge, mit denen Studierende mit Behinderungen tagtäglich konfrontiert sind. Es ist besonders wichtig, Ableismus im Bildungssystem aufzuzeigen, dagegen anzukämpfen und Lehramtsstudierende in der Thematik ausreichend zu sensibilisieren.

**Wintersemester 2026,
dann laufend**
Referat für
Barrierefreiheit

Bewerbung der Meldestelle "oehschauthin"

Der Zugang zu Hilfsmöglichkeiten für Betroffene von (sexualisierter) Gewalt ist oft mit vielen Hürden und wenig Unterstützung verbunden. Mit der Meldestelle "oehschauthin" hat die ÖH schon einen wichtigen ersten Schritt in die richtige Richtung gemacht, allerdings muss die Website leichter zu finden sein und besser beworben werden. Die ÖH kann im Hinblick auf die Bewerbung zum Beispiel an die Arbeitskreise für Gleichbehandlungsfragen herantreten und eine gemeinsame Info-Kampagne zur Bewerbung starten. Zusätzlich sollen die Meldestellen laufend erweitert werden und es soll eine generelle Evaluierung und Weiterentwicklung der Meldestellen und des Projektes geben. Hier soll ein Fokus auf die juristische und psychologische Unterstützung von Betroffenen gelegt werden. Des Weiteren soll die ÖH in der kommenden Funktionsperiode eine "Know-Your-Rights"-Kampagne erarbeiten und durchführen. Diese Kampagne soll mit den thematisch passenden Referaten gemeinsam erarbeitet werden.

**Wintersemester 25/26,
Sommersemester 2026**
Referat für
Öffentlichkeitsarbeit, Referat für
Feministische Politik

Kooperation mit Changes for Women

Im letzten Jahr wurde eine Kooperation mit Changes for Women eingegangen, womit die ÖH schwangeren Studierenden finanzielle Unterstützung mithilfe eines Repro-Fördertopfes bietet. Dieser ist mittlerweile fast ausgeschöpft, was wiederum beweist, wie dringend Studierende finanzielle Unterstützung bei Schwangerschaftsabbrüchen brauchen. Deshalb soll der Fördertopf weitergetragen und verdoppelt werden, damit er noch mehr Studierenden zugutekommt.

Wintersemester 25/26
Referat für feministische
Politik

Internationales

Hochschulen weltweit sind den Angriffen von Rechtsextremen und autoritären Regierungen ausgesetzt, welche Wissenschaftsfeindlichkeit vorantreiben, Stimmen aus der Forschung delegitimieren und zum Schweigen bringen wollen, um ihre faktenbefreiten Ideologien voranzutreiben. Gleichzeitig sehen wir aber auch, dass Studierende zentrale Rollen in Protestbewegungen und der Sichtbarmachung politischer Missstände einnehmen. Viele der Thematiken, mit welchen sich die österreichische Hochschulpolitik auseinandersetzt, können nicht national betrachtet werden, da der europäische Hochschulraum in vielen Fragen ganzheitlich gedacht werden muss. Es braucht internationale Lösungsansätze, um in diesen Fragen und Thematiken die Interessen der Studierenden bestmöglich zu vertreten. Aber auch gesamtgesellschaftliche Entwicklungen mit Auswirkungen auf die Hochschulen sind keine rein österreichischen Angelegenheiten. So sind die Ökonomisierung des Bildungssystems und der stetig steigende Leistungsdruck in Bildung und Gesellschaft Krisen, die auch auf internationaler Ebene gelöst werden müssen. In einer immer stärker vernetzten Welt ist die internationale Kooperation ein wichtiger Teil der Vertretungsarbeit der ÖH. Es ist auch die Verantwortung der ÖH, der Stimme der Student_innen in den internationalen Gremien Gewicht zu verleihen, ausländische Student_innen in Österreich bestmöglich in ihrem Lernen und ihrer Forschung zu unterstützen, sowie die Interessen der ÖH-Mitglieder über Österreich und Europa hinaus zu vertreten.

European University Alliances

Um den Austausch und die Zusammenarbeit zwischen den österreichischen Studierendenvertreter_innen in der European University Alliances (EUAs) zu stärken, soll eine nationale EUA-Konferenz von der ÖH organisiert und durchgeführt werden. In dieser Konferenz soll den entsandten Vertreter_innen der 17 Hochschulen eine Einführung in die EUAs gegeben sowie eine Plattform zum Informationsaustausch geschaffen werden. Ergänzend sollen sich die Entsandten aktiv dafür einsetzen, dass ihre EUA-Vertreter_in der Conference of the Alliances der ESU beitrifft, um auch auf europäischer Ebene die studentische Mitbestimmung zu stärken.

Students at Risk

Im Studienjahr 2025/26 sollen erstmals Personen aus dem Students at Risk (StaR) Programm gefördert werden. Es ist ein großer Erfolg, dass diese lange Forderung der ÖH nun endlich umgesetzt wird und so einigen betroffenen Studierenden wichtige Unterstützung geboten und eine Möglichkeit zur Fortsetzung ihres Studiums geschaffen wurde. Da die Fristen sehr knapp sind, ist davon auszugehen, dass im ersten Jahr eher weniger Studierende das Programm in Anspruch nehmen können. Umso wichtiger ist es, diese aktiv zu betreuen und gemeinsam mit diesen die Bedürfnisse der Studierenden im Programm zu eruieren, damit zum Studienjahr 2026/27 ein Paket mit Begleitmaßnahmen auf den Beine steht. Es soll hierzu der Kontakt mit Unions gesucht werden, welche bereits StaR Programme betreuen und auf ihren Erfahrungen aufgebaut werden. Ganz zentral ist dabei Beratung bezüglich Aufenthaltsrecht, Beihilfen und Studieneinstieg. In vielen Ländern gibt es Buddy-Programme, welche von den lokalen Unions auch stark empfohlen werden.

Sommersemester 2026
Referat für Internationale
Angelegenheiten

gesamte
Exekutivperiode
Referat für Internationale
Angelegenheiten

Steigerung der Wahlbeteiligung

Die ÖH ist die wichtigste Institution für Studierende. Sie setzt sich für die Interessen von Studierenden inner- und außerhalb der Hochschule ein und kämpft damit Tag für Tag für ein besseres Leben für uns alle. Um auf allen Ebenen Verbesserungen zu schaffen, ist die ÖH in unterschiedlichen Bereichen aktiv. Sie muss eine Anlaufstelle sein, Angebote schaffen, die Studierenden zugutekommen und gleichzeitig einen Ort schaffen, wo man selbst aktiv werden kann. Partizipation muss höchste Priorität sein, um Studierenden die ÖH näherzubringen. Wer die ÖH kennt und schonmal selbst ein Angebot in Anspruch genommen hat, geht in der Folge auch eher zu einer Wahl, die maßgeblich prägt, wie die Angebote der ÖH in Zukunft aussehen werden. In den vergangenen Jahren wurden schon unzählige Angebote geschaffen, die Studierende in finanziellen Notlagen, bei Problemen im Studium oder beispielsweise bei der Suche nach Psychotherapie unterstützen. Die zunehmende Auslastung dieser Angebote zeigt, dass sie von den Studierenden angenommen werden - es liegt also weiterhin in den Händen der ÖH, dafür zu sorgen, dass die Angebote an die Studierenden gelangen. Deshalb ist es in dieser Periode wieder zentral, dass die ÖH österreichweit an Hochschulstandorten sichtbar ist, in Kontakt mit Studierenden tritt und über ihre Arbeit aufklärt. All die im Koalitionsvertrag bereits genannten Projekte sind Bausteine hin zur Steigerung der Wahlbeteiligung. Hier kann die ÖH einmal mehr unter Beweis stellen, auf all welche unterschiedlichen Arten und Weisen sie den Studierenden in ihrem Leben zugutekommen kann. Die Steigerung der Wahlbeteiligung ist deshalb weiterhin ein referatsübergreifendes Projekt, das die ÖH die gesamte Periode hin beschäftigt und im Jahr 2027 wieder mit einer sichtbaren und erfolgreichen Wahlkampagne gipfeln wird.

Wahlkampagne 2027

Auch in der kommenden Funktionsperiode soll wieder eine große und sichtbare Wahlkampagne aufgezogen werden, die an die positiven Erfahrungen sowie Maßnahmen der vergangenen Wahl anknüpft. Schon in diesem Jahr kann mit Stolz auf eine starke Kampagne zurückgeblickt werden, die nicht nur inhaltlich überzeugt, sondern mit 10.000 mehr abgegebenen Stimmen tatsächlich zur spürbaren Steigerung der Wahlbeteiligung beigetragen hat. Diese Entwicklung zeigt klar: Wenn Studierende gezielt angesprochen und informiert werden, dann sind sie auch bereit, sich an den ÖH-Wahlen zu beteiligen und ihre Stimme abzugeben. Weiterhin gibt es aber viel Luft nach oben und die ÖH steht in der Verantwortung, auf diesem erfolgreichen Trend aufzubauen und in Zukunft noch mehr Studierende zu erreichen. Ziel muss sein, langfristig eine höhere Beteiligung an den Wahlen zu realisieren, das politische Bewusstsein unter Studierenden zu stärken und die ÖH als starke, legitimierte Interessenvertretung stärker zu positionieren. Damit das gelingt, braucht es gute inhaltliche Arbeit, österreichweite Off- und Onlinepräsenz und ein engagiertes Team an der ÖH, um möglichst viele Menschen für demokratische Mitbestimmung zu begeistern.

**gesamte
Exekutivperiode,
intensiv im
Sommersemester
2027**
Referat für Öffentlich-
keitsarbeit

ARBEITS- PRINZIPIEN

Konsensuale Arbeitsweise

Die Entscheidungsfindung auf der ÖH findet im Konsens statt. Das gilt für das Vorsitzteam, die Referate und alle weiteren internen Strukturen. Konsens bedeutet, dass alle Beteiligten an einer gemeinsamen Lösung und Entscheidung arbeiten und die Entscheidung zumindest mittragen können. Abstimmungen sind nicht Teil von Konsensentscheidungen. Damit die Arbeit im Konsens funktionieren kann, sollen sich auch alle Personen der Verantwortung aller Beteiligten klar sein und diese Verantwortung nicht missbräuchlich verwenden.

Zusammenarbeit auf der Bundesvertretung

Obwohl die einzelnen Referate eigene inhaltliche Schwerpunkte durch kleinere Projekte setzen können, werden sämtliche Vorhaben der ÖH gemeinschaftlich getragen und verwirklicht. Die Fraktionen übernehmen die Verantwortung gegenüber den Studierenden sowie den Kolleg_innen innerhalb der ÖH, Ressourcen transparent einzusetzen und sich gegenseitig zu unterstützen. Die in diesem Koalitionsvertrag festgehaltenen Projekte, Arbeitsweisen und politischen Grundsätze gelten verbindlich und kontinuierlich. Insbesondere bei BV-Sitzungen sowie in der öffentlichen Darstellung tritt die Koalition geschlossen auf und bringt die vereinbarten Inhalte gemeinsam zur Geltung. Zudem sollen die Beschlüsse der vergangenen Jahre überprüft und gegebenenfalls außer Kraft gesetzt werden.

Nicht-hierarchische Arbeitsweise

Die gesetzlichen ÖH-Strukturen geben eine klar hierarchische Gliederung vor. Wir wollen die ÖH aber als offene Struktur verstehen, in der alle ehrenamtlichen Mitarbeiter_innen gleichberechtigt in den Entscheidungsprozess im Rahmen des HSG 2014 eingebunden werden unter Berücksichtigung der besonderen Verantwortung der involvierten Personen – egal ob sie Teil einer Fraktion oder unfraktioniert sind.

Politische Arbeitsweise

Die Koalitionsfraktionen erkennen an, dass auch die Art und Weise, wie zusammengearbeitet wird, eine politische Komponente hat. Wie wir miteinander sprechen, umgehen, wer welche Aufgaben übernimmt oder nicht und wie die tägliche Arbeit strukturiert ist, ist immer auch geprägt von gesellschaftlichen Machtverhältnissen. Um dem entgegenzuwirken und zu sensibilisieren, wird vor allem auf folgende Punkte geachtet:

- Die ÖH verwendet eine inklusive, bewusste und gendergerechte Sprache, in der Erniedrigungen aufgrund bestimmter Merkmale (bspw. queerfeindliche Schimpfwörter) keinen Platz haben. Es wird in jeglichen, insbesondere aber öffentlichen Dokumenten, für geschlechtsbezogene Begriffe der `gender_gap` verwendet.
- Die ÖH versteht sich als queerfeministisch und setzt dementsprechend Maßnahmen zur Sichtbarkeit von queeren Personen auch selbst um.
- Die ÖH arbeitet aktiv an der Inklusion von Studierenden mit Behinderungen oder chronischen Erkrankungen. Barrierearmut soll an jeder Stelle mitgedacht werden.
- Die ÖH achtet bei der täglichen Arbeit auf ökologische und soziale Nachhaltigkeit. Das beinhaltet die entsprechende Wahl von Transportmitteln, Verpflegung und Materialien, sowie den administrativen Alltag. Die ÖH setzt sich aktiv gegen die Ausbeutung der Umwelt und des Menschen ein.
- Die ÖH erkennt an, dass die ökonomische Situation das wohl größte Hindernis bei politischer und gesellschaftlicher Partizipation ist und setzt dementsprechend Maßnahmen, um allen Studierenden unabhängig ihrer finanziellen Situation eine Mitarbeit an der ÖH zu ermöglichen.

Vorsitzteam

Der Vorsitz (Vorsitzende, 1. stv. Vorsitzende, 2. stv. Vorsitzende) bildet ein Team. Entscheidungen werden im Konsens getroffen. Sowohl intern gegenüber den Mitarbeiter_innen der ÖH, als auch extern sind Kompetenz- und Aufgabenbereiche klar zu definieren.

Unterszeichnet von:

Selina Wienerroither, Verband Sozialistischer Student_innen in Österreich

Viktoria Kudrna, Grüne & Alternative Student_innen

Umut Ovat, Verband Sozialistischer Student_innen in Österreich

Wien, am 19.06.2025

VSSTÖ

GRAS

grüne & alternative student_innen